hier niemand widerspricht oder sich enthält, haben wir an diesen Fachausschuss überwiesen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 18:

18 Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12120

erste Lesung

Herr Minister Jäger hat an dieser Stelle seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. (siehe Anlage 4) Eine Aussprache war ebenfalls nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir jetzt sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **16/12120** an den **Innenausschuss**. Da niemand widerspricht oder sich enthält, haben wir den Gesetzentwurf damit an den Innenausschuss überwiesen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 19:

19 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 42
gem. § 82 Abs. 2 GO
Drucksache 16/12133 – Neudruck

Diese Übersicht enthält Anträge, die vom Plenum nach § 82 Abs. 2 der Geschäftsordnung an einen Ausschuss zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun abstimmen über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den jeweiligen Ausschüssen entsprechend der Übersicht 42. Möchte jemand dagegen stimmen? – Nein. Sich enthalten? – Auch nicht. Dann sind damit die in Drucksache 16/12133 in der Fassung des Neudrucks enthaltenen **Abstimmungsergebnisse** der Ausschüsse von Ihnen **bestätigt** worden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 20:

20 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 16/44
gemäß § 97 Abs. 8
der Geschäftsordnung

Hierzu liegt uns die Übersicht 44 vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand mit den Beschlüssen nicht einverstanden? – Das ist auch nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 97 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse** damit **bestätigt** sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 18:19 Uhr und sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Donnerstag, 9. Juni 2016, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und möchte noch einmal auf die Einladung zum Iftar-Abendmahl heute zu später Stunde hinweisen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:19 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage 4

Zu TOP 18 – „Sechstes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“ – zu Protokoll gegebene Rede

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Mit diesem Gesetzentwurf wollen wir notwendige Anpassungen bei den Speicher- und Übermittlungs- und sonstigen Befugnissen in unserem Verfassungsschutzgesetz NRW vornehmen und damit die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass der Verfassungsschutz seinem gesetzlichen Auftrag umfassend und den verfassungsgerichtlichen Anforderungen entsprechend nachkommen kann.

Das betrifft die Altersgrenze für die Speicherung personenbezogener Daten Minderjähriger, die Voraussetzungen für die Speicherung personenbezogener Daten Abgeordneter und die Ermöglichung der Speicherung von Belegdokumenten, die auch Daten unbeteiligter Dritter enthalten.

Zudem wollen wir die Vorschriften für die Übermittlung von Daten des Verfassungsschutzes an die Polizei und weitere Vollzugsbehörden neu fassen und den Katalog der schweren Straftatbestände erweitern, die im Verdachtsfall eine Überwachung der Kommunikation ermöglichen.

Im Einzelnen:

Die Altersgrenzen für die Speicherung personenbezogener Daten Minderjähriger sollen um jeweils zwei Jahre herabgesetzt werden.

Dies führt zu einem dazu, dass Speicherungen ab Vollendung des 14. Lebensjahres unter denselben engen Voraussetzungen zulässig sind, unter denen bisher die Daten Minderjähriger nach Vollendung des 16. Lebensjahres gespeichert wurden.

Dabei wird jedoch hinsichtlich der Speicherdauer ein strengerer Maßstab angelegt. Die vor Vollendung des 16. Lebensjahres gespeicherten Daten sind zwei Jahre nach der Speicherung zu löschen, wenn nicht weitere speicherrelevante Erkenntnisse erlangt sind.

Zum anderen sollen für die Speicherung der personenbezogenen Daten 16- bis 18-Jähriger künftig dieselben Voraussetzungen gelten wie bisher erst nach Eintritt der Volljährigkeit. Hier bleibt es bei den bisherigen, gegenüber Erwachsenen ebenfalls verkürzten Speicher- und Prüffristen.

Danach sind Daten, die über Minderjährige nach Vollendung des 16. Lebensjahres gespeichert wurden, nach zwei Jahren zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn,

dass nach Eintritt der Volljährigkeit weitere speicherrelevante Daten hinzugekommen sind.

Anlass der Regelung ist, dass wir bei Minderjährigen zunehmend – auch bereits vor Vollendung des 16. Lebensjahres – eine Hinwendung zu extremistischen Bestrebungen beobachten. Das führt zu Radikalisierungen, die im weiteren Verlauf auch zu Gewaltanwendungen bzw. zu islamistisch motivierten Anschlägen führen können – die jüngsten Fälle aus Essen bzw. Hannover dienen uns dabei als trauriger Beleg.

Die Übermittlung von Daten des Verfassungsschutzes an Polizei, Staatsanwaltschaften und weitere Vollzugsbehörden soll nur zulässig sein zur Erfüllung eigener Aufgaben der Informationsgewinnung, zur Abwehr einer konkreten Gefahr für hochrangige Rechtsgüter und zur Verhinderung, Verhütung oder Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung.

Dies geschieht vor dem Hintergrund der Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung vom 24. April 2013 zum Antiterrordateigesetz.

Die Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts werden bereits jetzt befolgt; aus rechtspolitischen Erwägungen heraus wollen wir aber auch eine Klarstellung im Gesetz.

Dabei wurden die neu gefassten Übermittlungsregelungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes übernommen, die von Bund und Ländern gemeinsam vorbereitet wurden. Weil die Verfassungsschutzbehörden im Verbund arbeiten, sollten ihre Übermittlungsvorschriften möglichst gleichlautend sein.

Der Verfassungsschutz wird zudem befugt, sogenannte Belegdokumente, die auch Daten unbeteiligter Dritter enthalten, in der Amtsdatei zu speichern. Belegdokumente sind Dokumente, mit denen die Speicherung personenbezogener Daten untermauert wird. Zu diesen Daten wird in das Verfassungsschutzgesetz ein Rechercheverbot aufgenommen. Eine Abfrage der personenbezogenen Daten unbeteiligter Dritter ist nur zu Zwecken der Auskunftserteilung nach § 14 zulässig.

Die Speicherung von Belegdokumenten, die durch das Bundesverfassungsschutzgesetz vorgegeben wird, ist von hoher Relevanz für den Ausbau der IT-gestützten Analysefähigkeit der Verfassungsschutzbehörden und damit ein weiterer Schritt für eine erfolgreiche Neuausrichtung des Verfassungsschutzes.

Die Anforderungen an die Zulässigkeit der Speicherung von Abgeordneten werden an die Erfordernisse des Bundesverfassungsgerichts angepasst, die das Gericht mit Beschluss vom 17. Sep-

tember 2013 formuliert hat. Die personenbezogenen Daten von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Bundestages oder eines Landtags dürfen mit Zustimmung des Ministers und nach Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums nur gespeichert werden, wenn Abgeordnete das freie Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbrauchen oder diese aktiv und aggressiv bekämpfen.

Schließlich wird der Katalog der Straftaten, die eine Kommunikationsüberwachung zulassen, in Anpassung an das Artikel-10-Gesetz des Bundes erweitert um die neugefassten schweren staatsgefährdenden Gewalttaten sowie um schwere Straftaten aus dem Bereich der Cyberkriminalität.

Auch mit diesem Gesetzentwurf haben wir in Fortsetzung der VSG-Novelle von 2013 einen weiteren notwendigen Schritt zur Stärkung des Verfassungsschutzes getan. Die Reform des Verfassungsschutzes ist ein Prozess, der uns langfristig begleitet.